Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5964**

17. Wahlperiode 26. 05. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Roland Claus, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3046 –

Fortsetzung der Braunkohlesanierung in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach dem Jahr 2012

A. Problem

Um die ökologischen Folgen des umfangreichen Braunkohleabbaus zu DDR-Zeiten wie auch des drastischen Förderrückgangs nach 1990 zu bewältigen, wendeten Bund und Länder bis einschließlich 2008 rund 8,5 Mrd. Euro auf.

Bezogen auf die Gesamtverpflichtung in der Grundsanierung werden bis Ende 2012 rund 97 Prozent der bergmännischen Sicherungsarbeiten realisiert worden sein. Hinsichtlich der Rekultivierung und der Aufgaben zur Altlastensanierung besteht jedoch auch über das Jahr 2012 hinaus Handlungsbedarf. Insbesondere zur Sanierung des gestörten Wasserhaushaltes sind entsprechende Maßnahmen notwendig, die den Rahmen des aktuellen Verwaltungsabkommens zur Finanzierung der Braunkohlesanierung überschreiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/3046 abzulehnen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin) Vorsitzende	**Otto Fricke** Berichterstatter	**Norbert Barthle** Berichterstatter	**Klaus Brandner** Berichterstatter
	Roland Claus Berichterstatter	**Priska Hinz (Herborn)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Otto Fricke, Norbert Barthle, Klaus Brandner, Roland Claus und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 84. Sitzung am 20. Januar 2011 den Antrag auf **Drucksache 17/3046** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die am 22. Juni 2010 begonnenen Verhandlungen mit den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über ein 5. Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung für den Zeitraum 2013 bis 2017 bis Ende 2011 zügig zum Abschluss zu bringen, um den betroffenen Regionen, Unternehmen, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern Planungs- und Zukunftssicherheit zu geben, die Braunkohlesanierung in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis zu ihrem vollständigen Abschluss als öffentliche Aufgabe zu betrachten, eine ausreichende Finanzausstattung der damit beauftragten öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Unternehmen zu sichern, Sanierungsaufgaben, die sich aus der Störung des Wasserhaushaltes durch den einstigen Braunkohlebergbau ergeben, in Höhe von 75 Prozent in die Verantwortung des Bundes zu nehmen, einen angemessenen Vorschlag zu unterbreiten, um bisher nur aufgrund von Kulanzregelungen bewilligte Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen von Häusern im Zusammenhang mit einem Wiederanstieg des Grundwassers künftig als unbürokratischen Rechtsanspruch für die Betroffenen auszugestalten und sich substanziell an den Kosten zur dauerhaften Erhöhung der Folgenutzungsstandards in den Sanierungsgebieten zu beteiligen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3046 in seiner 38. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3046 in seiner 33. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3046 in seiner 26. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3046 in seiner 55. Sitzung am 25. Mai 2011 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3046 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 25. Mai 2011

Otto Fricke Berichterstatter	**Norbert Barthle** Berichterstatter	**Klaus Brandner** Berichterstatter
Roland Claus Berichterstatter	**Priska Hinz (Herborn)** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333